

Arbeiterblatt

DER

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 209

SONDERNUMMER

1967

Fritz Klenner: Die Steuer-Gretchenfrage:

Mehr direkt oder mehr indirekt?

Oder: Ein Sozialkapitalist reformiert
das kapitalistische Steuerwesen.

=====

In diesem Aufsatz in "Arbeit und Wirtschaft" 4/67 plädiert der Herr Professor für eine verstärkte Aufbringung der Staatseinnahmen aus indirekten Steuern. Er stellt sich das so vor: Bis zu einer bestimmten Grenze (über deren Höhe er nichts Näheres verrät) sollen Löhne und Gehälter von der Einkommensteuer ausgenommen sein, Selbstständige sollen einen entsprechenden Absetzbetrag erhalten. Klenner will natürlich den dadurch entstehenden Verlust an kap. Staatseinnahmen (dieser ist sehr beträchtlich, wie jede Steuerstatistik zeigt) wieder hereinbringen. Mehr noch, er preist seine Königs-idee der verstärkten indirekten Besteuerung der Massen vor allem als Mittel an, höhere kap. Staatseinnahmen bei geringerer Gegenwehr der Ausgebeuteten zu erreichen.

Er versucht seinen Lesern Folgendes weiszumachen:

a) Politisch: Das Eintreten für indirekte Steuern ist vom Standpunkt der "Arbeiterparteien und Gewerkschaften" gerechtfertigt;

b) Ökonomisch: Es ist nicht nur gerechtfertigt, sondern auch notwendig, es bringt "allgemeinen Nutzen".

Unter "allgemeinen Nutzen" ist unschwer der Vorteil der österr. Bourg. zu erkennen, der "Standpunkt" ist folgerichtig jener der um ihren Judaslohn zu jeglichem Verrat am Proletariat, an den nicht-ausbeutenden, selbstausgebeuteten

*) B., Bourg. = Bourgeoisie

Massen bereiten Arbeiteraristokratie, Arbeiterbürokratie, der verbürgerlichten Spitzenlakaien. Gerade ein solcher ist Herr Klenner (u.a. Generaldirektor der Bawag und Vorsitzender der Kontrollkommission des ÖGB).

Das Plädoyer für seinen "allgemein nützlichen Standpunkt" beginnt Klenner umwerfend klar:

"Steuern werden immer mit scheelen Augen betrachtet werden. Aber sie sind nun einmal notwendig".

Punktum. Kein Wort darüber, welche Steuern er meint und warum sie mit "scheelen Augen" betrachtet werden. Es ist ja auch ganz klar. Die B.*) preßt jederzeit das Proletariat, die nicht-ausbeutenden, selbstausgebeuteten Massen optimal aus, d.h. maximal unter den jeweiligen ökonomischen und politischen Bedingungen. Dazu gehört eben auch der Steuerraub. Da die Einnahmen aus kap. Steuern, Gebühren, Zöllen dazu dienen die kap. Unterdrückungsmaschine, den kap. Staat also, von den Unterdrückten selbst bezahlen zu lassen, sagt die obige Behauptung Klenners nichts anderes als:

"Der kap. Staat ist nun einmal notwendig".

Das ist eine der Formen in denen die Sozialverräter bei allen Gelegenheiten ihre Loyalität (Bündnistreue) gegenüber ihrem kap. Herrn und Meister beteuern. Nach dieser Klarstellung und

Erläuterung des Klassenstandpunktes, den der Oberlakai einnimmt, folgen die "Erläuterungen" für den Leser:

"Wir fordern mit Recht steigenden Lebensstandard. Das kann nur durch permanentes Wachstum unserer Wirtschaft erreicht werden, das wieder steigendes Steueraufkommen zur Voraussetzung hat"

Wie der Artikel in seiner Gesamtheit, ist auch diese Formulierung undialektisch und zwar bewußt undialektisch. Wir zählen kurz auf, was uns Klenner nicht sagt: Wer ist "Wir"? Mit welchem Recht wird gefordert? Von wem wird gefordert? Was ist "unsere Wirtschaft"? Er bleibt uns auch den Beweis schuldig, daß steigender Lebensstandard für "uns" nur durch permanentes Wachstum "unserer Wirtschaft" zu erreichen ist, und daß dafür höhere Steuererträge notwendig sind. Wir wollen uns diese Mühe an seiner Stelle machen, und zwar in der einzig richtigen Art, nämlich von unserem, dem proletarisch revol. Standpunkt aus. Von diesem Standpunkt aus ist für uns Arbeiter steigender Lebensstandard innerhalb der kap. Gesellschaft, also größerer Anteil der Arbeiterklasse am erzeugten Produkt nur durch ständigen Kampf, durch ständigen Druck auf die B. zu erreichen. Dabei müssen wir uns aber völlig klar darüber sein, daß selbst diese Tagesforderungen dauernd nur erfüllt werden können, wenn wir die ökonomische und politische Herrschaft der B. endgültig brechen. D.h., die Forderung nach steigendem Lebensstandard für die werktätigen Massen gewinnt nur durch Verknüpfung mit den prol. revol. Endlosungen, Sturz der B., Aufrichtung der prol. demokr. Klassendiktatur, selbst revol. Inhalt.

Eine spezielle Art der Ausplünderung des Proletariats durch die B. ist nun der Steuerraub. Hier ist der prol. revol. richtige Standpunkt nun, negativ gefaßt, der der Ablehnung der

die Massen belastenden Steuern, seien sie nun direkt oder indirekt. Positiv muß unsere Lösung auf Polarisierung des Klassengegensatzes auch in dieser Frage, die ja engstens mit der Staatsfrage zusammenhängt, hinauslaufen. Wir fordern also konkret: Die Ausbeuter sollen ihren Ausbeuterstaat selbst bezahlen, also höhere Steuern auf die Unternehmereinkommen, seien es nun Einzelkapitalisten oder Unternehmerkollektive wie die Aktiengesellschaften etc., dies immer verknüpft mit der prol. revol. Endlösung.- Von alledem will Klenner als echter Erzverräter der Arbeiterschaft, der sich aber gern den Anstrich des Arbeitervertreters gibt, natürlich nichts wissen. Eines weiß er allerdings schon, besser gesagt kann er nicht verheimlichen um nicht die Schmarotzerinteressen preiszugeben:

"Die Lastenverteilung allerdings ist und bleibt eine politische und gewerkschaftliche Machtfrage, gleichgültig, ob es sich um direkte oder indirekte Steuern handelt." Zur gebührligen Behandlung dieser Frage wird Klenner sogar historisch:

"Gewerkschaften wie sozialistische Parteien waren früher für direkte und gegen indirekte Steuern. Indirekte Steuern belasten unsichtbar die breite Masse des Volkes."

"Die Arbeiterparteien lehnten daher/direkte Steuern als unsozial ab."

Das stört unseren Oberjudas aber nicht weiter, denn

"Die Arbeiterbewegung hat im Laufe der Entwicklung und mit ihrem wachsenden Einfluß viele ihrer ursprünglichen Auffassungen ändern müssen. Warum sollte es nicht auch hinsichtlich der Frage der indirekten Steuern geschehen? Eine objektive Prüfung wird zeigen, daß eine grundsätzliche Ablehnung heute keine Berechtigung mehr hat."

Er verwendet hier folgenden Trick:

Er leitet aus Forderungen der grundsätzlich noch ehrlichen Sozialdemokratie ein Eintreten für kap. Steuern und damit den kap. Staat überhaupt ab. (Dabei geht die Forderung im Erfurter- (1891) bzw. Wiener Programm (1901) dahin, die indirekten Steuern, die damals, wie heute die Massen am ärgsten belastet, abzuschaffen und statt dessen Steuern auf Kosten des kap. Profits einzuführen. Das ist aber noch kein positives Eintreten für den kap. Staat! Vgl. Erfurter Programm 1891 bzw. Wr. Programm 1901, jeweils Punkt 10). Daß heute keine grundsätzlichen Bedenken der Arbeiterverräter gegen gesteigerte Plünderung der Massen bestehen, wundert uns bei den "Grundsätzen" dieser Halunken keineswegs. Das bestätigt uns auch die Lektüre des "Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, beschlossen vom Parteitag zu Linz am 3. November 1926": Es heißt da schon mehr im Klennerschen Geiste also GRUNDSÄTZLICH arbeiterverräterisch:

"Die Sozialdemokratie fordert die Demokratisierung des Steuerwesens. Abbau der Verbrauchssteuern auf notwendigen Massenverbrauch. Ausbau progressiver Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Luxussteuern. Höhere Besteuerung des Einkommens aus Besitz als des Einkommens aus eigener Arbeit. Erhöhung des steuerfreien Minimums der Einkommensteuer, Schaffung eines steuerfreien Minimums für die Erwerb- und Grundsteuer." Verwässert und unklar! Im Laufe der Entwicklung haben sich tatsächlich viele der ursprünglichen Auffassungen der "Arbeiterbewegung" geändert, wenn wir darunter die Auffassung der Kopfschicht verstehen. Diese ist kleinbürgerlich entartet (wird aber immer mehr schon vom Kap. durchsetzt, siehe Kreisky), hat jahrzehntelang Verrat an der Arbeiterbewegung geübt und von ihrem Standpunkt aus ^{hat eine} grundsätzliche Ablehnung indirekter Steuern keine Berechtigung.

Natürlich folgt dann in Klenners Ausführungen der übliche Schmus:

"Inzwischen haben sich die Verhältnisse gewandelt. Es haben sowohl die "Staatsbedürfnisse ihren Charakter geändert, wie auch das Aufbringungssystem dank des Einflusses der Arbeiterbewegung gestreuter und sozialer geworden ist, wenn auch noch lange nicht in befriedigendem Ausmaß."

"Heute ist ohne indirekte Steuern kein Staatshaushalt zu führen. Die Zeiten haben sich geändert, der Trend geht zu Gunsten der indirekten Steuern."

Da sich die Verhältnisse gewandelt, die Zeiten geändert haben, ist es ganz im Sinne einer tiefschürfenden Analyse, wenn sich Klenner um eine genauere Untersuchung drückt und flugs weiterzitiert (Parteiprogramm der S.P.Ö. 1958):

"Sie (Die SPÖ) vertritt die Auffassung, daß eine Belastung des Volkes durch einzelne gestaffelte Verbrauchssteuern gerechtfertigt ist, wenn der Ertrag zur Sicherung der Leistungen des (kap.) Wohlfahrtsstaates dient."

Konsequent auf der Linie des Arbeiterverrates fortschreitend, doziert der Herr Professor weiter:

"Es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, sich gegen Massensteuern zu wenden, die die Grundlage des Wohlfahrtsstaates sind, sondern sie müssen sich um eine möglichst gerechte Lastenverteilung und eine möglichst soziale, aber auch wachstumsfördernde Verwendung der Steuereinnahmen bemühen. Dem Staat wie der Privatwirtschaft müssen genügend Mittel zur Wachstumsförderung zur Verfügung stehen. In der Diskussion wie erforderliche neue Staatsausgaben gedeckt werden sollen, müßte daher immer geprüft werden, ob indirekten Steuern der Vorzug zu geben ist."

Wiederum die Loyalitätserklärung: Wir Sozialverräter sind für den kapitalistischen Staat! Und wir sind dafür, daß die Massen mit den Kosten der eigenen Unterdrückung belastet werden. Nur bitten wir um ein kleines Feigenblatt: Der Staat soll Wohlfahrtsstaat heissen!

Und ganz "konkret" erklärt Klenner: Die Lastenverteilung sei möglichst gerecht, und die Verwendung der Steuermittel sei auch möglichst sozial; Die Grenze der "Möglichkeiten", das versteht sich für Klenner von selbst, ist der Profit. Soviel billigt er der Arbeiterschaft, den nichtausbeutenden, selbst ausgebeuteten Massen zu: Wenn's leicht geht, d. h. ohne Schmälerung des Profits. Für die Bourgeoisie hat er handfesteres zu bieten: "Dem Staat wie der Privatwirtschaft müssen genügend Mittel... zur Verfügung stehen". Das steht für Klenner (wie Klaus) unverrückbar fest. Für die Arbeiterschaft ist natürlich aller erdenkliche (oder sagen wir besser "der allermöglichste") Schutz zu bieten:

"Um eine Benachteiligung der Arbeitnehmer und überhaupt der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsgruppen zu verhindern, ist Voraussetzung einer solchen Wandlung des Steuersystems ein wirksamer Einfluss der politischen Vertretung dieses, nämlich der weitaus grösseren Bevölkerungsteiles im Parlament und eine starke Gewerkschaftsorganisation, die selbst, oder über die Arbeiterkammern eine entsprechende Beeinflussung der Gesetzgebung und eine Kontrolle des Besteuerungssystems ausüben kann. Ohne eine solche Kontrolle ist die Gefahr einer Benachteiligung schon dadurch gegeben, daß ein System indirekter Steuern in seinen Auswirkungen hinsichtlich der Weiterwälzung noch schwerer durchschaubar ist als das direkter."

Diese sorgliche Erwägung, wie man die Arbeiterschaft vor üblen Auswirkungen des vorgeschlagenen Systems der Besteuerung bewahren könnte, ist reiner Hohn. Im letzten Satz läßt er die Katze, besser gesagt den Knüppel aus dem Sack: "Schwerer überschaubar", von den Ausgebeuteten natürlich und daher ein treffliches Mittel zum verstärkten Steuerraub! Mit der "Kontrolle" meint er es insoferne allerdings schon ernst, als er für die Arbeiterbürokratie,

Arbeiteraristokratie ganz konkrete und vor allem gut bezahlte Pöstchen und Amterln heischt. Nun stößt Klenner zum harten Kern der Sache vor:

"Jede kollektivvertraglich oder betrieblich festgelegte oder individuelle Gehalts,- bzw. Lohnerhöhung würde sich (bis zur Grenze der Besteuerung) VOLL auswirken und die Unzufriedenheit, hervorgerufen durch die Differenz zwischen dem Ergebnis von Lohnbewegungen und der sich nominell auswirkenden Lohnerhöhung, würde beseitigt werden." (Unterstreichung von mir)...

Bourgeoisie was wollt ihr mehr?! Steigt ein auf die "Indirekte Steuerschraube" und der Steuerraub floriert dank des gesteigerten Verrates von Klenner und Konsorten. Merkt auf:

"Bei indirekten Steuern ist es dem (kapitalistischen) Gesetzgeber in viel grösserem Umfang möglich seine Intentionen der Besteuerung durchzusetzen, da der Widerstand mangels gut organisierter Gegenkräfte geringer ist."

Da braucht man gar nichts mehr zu unterstreichen, das spricht für sich selbst! Es kommt aber noch besser. In Klennerscher Scheindialektik geht es weiter:

"Das mag, vom gewerkschaftlichen Standpunkt gesehen, eher ein Argument gegen indirekte Steuern sein, aber schliesslich soll hier die Frage der Steueraufbringung nicht vom oppositionellen Standpunkt gegenüber Staat und Regierung, sondern vom Allgemeininteresse aus geprüft und beurteilt werden."

Klenner stellt sich damit offen hinter die Wirtschaftspolitik der grossen kapitalistischen Partei, der ÖVP, er stellt nur zwei kleine Bedingungen unter dem Motto: "Auch Schmarotzer wollen leben!" Als Alibi gegenüber den Massen, um die Glaubwürdigkeit nicht noch stärker einzubüssen die erste Bedingung: Die Schwindelkontrolle des Steuersystems nach "sozialen" und "gerechten" Gesichtspunkten. Die zweite Bedingung: Mehr Judaslohn. Seine Abgefemtheit und Niedertracht, seinen erbärmlichen Verrat, verziert er mit Phrasen für die Massen (offenbar als Anleitung für die Verdummungsagentender Sozialparasiten gedacht):

"Ein solches Steuersystem könnte

sich sogar günstig auf die Preisentwicklung auswirken,...., wenn es der Staat zum Anlass von Preisüberprüfungen nehmen würde."

Und? Seit wann senkt die Bourgeoisie Preise wenn sie überprüft!?

Oder:

"Das bedeutet in letzter (!) Konsequenz, daß der Staat Grundnahrungsmittel und Artikel des starren Bedarfs nur dann höher besteuern kann, wenn dies ohne Gefährdung des Realeinkommens geht...."

Mit diesen Tricks speist Klenner die Arbeiterschaft ab, während er der Bourgeoisie eben jene goldenen Berge verpflichtet, die ihr auch Klaus zusichert. Er verlangt nur die kleine Anerkennung in Gestalt von Pfründe und Alibi. Nur eines ist er konsequent: Arbeitervertreter, so wie die übrigen "Führer" der Arbeiterschaft in SP,StP.

-x-x-x-x-x-x-

Neben der ständigen Ausbeutungssteigerung führt die Bourgeoisie auch einen Kampf auf breitester Front zum Senken der Löhne und Gehälter. Ein Teil dieser Offensive ist der immer mehr intensivierte Steuerraub, wobei sich die Bourgeoisie grundlegend zweier Formen bedient: Direkte Lohnsenkung durch kapitalistische Lohnsteuern, indirekt durch die kapitalistischen Verbrauchssteuern.

Beide Formen bezwecken dasselbe. Die Unterdrückten sollen die Kosten des kapitalistischen Staatsapparates selbst tragen. Es erscheint der Bourgeoisie vor allem zweckmässig, die indirekten Steuern zu erhöhen.

Wir lehnen kapitalistische Steuern grundsätzlich ab. Wir lehnen beide Formen des kapitalistischen Steuerraubes ab, so wie wir auch jede andersgeartete Mehrbelastung der Massen ablehnen. Besonders aber kämpfen wir gegen indirekte Steuern, dies aus dem Grund, weil sie es der Bourgeoisie erleichtern, die Massen auszuplündern, die diese Form des Lohnraubes schwer durchzuschauen. Das heisst aber nicht, dass wir uns nicht auch jeder Erhöhung von direkten Steuern entgegenstellen.

Die Gewerkschaftsbürokraten/machen das gerade Gegenteil. Sie beraten die Bourgeoisie in Sachen Lohnraub. Sie emp-

fehlen ihr als "günstigste" Form die indirekte Steuer als Mittel, die Massen noch mehr zu belasten. Sie sagen ihr: "Gebt doch bei der Lohnsteuer nach und holt Euch ein Mehrfaches bei den Massenverbrauchssteuern! Dann ist es uns leichter, die Massen vom ernsthaften Kampf dagegen abzuhalten, sie im Stich zu lassen." Das zeigt den unheilbaren Verratscharakter der verkleinbürgerlichten Gewerkschaftsbürokratie und ihre immerwährende Bereitschaft, die Interessen des Proletariats zu verkaufen. Sie haben die Gewerkschaften aus Kampforganen der Massen in reine Verwaltungsapparate verwandelt. Diese sind heute der verlängerte Arm der Bourgeoisie, um den Massenkampf nach Möglichkeit zu sabotieren, zu hemmen.

Was ist die Aufgabe echter proletarischer Gewerkschaften? Sie sollen als Massenkampforganisationen vor allem für die Tagesinteressen des Proletariats eintreten, für steigenden Anteil der Massen am Gesamtprodukt kämpfen. Dazu ist unbedingt notwendig, die Gewerkschaften den Händen der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie zu entwinden. Dieser Gesundungsprozess kann nur unter Anleitung, Führung einer wahrhaft proletarischen Partei erfolgreich geführt werden.-----

Arbeiter, ihr könnt und dürft nicht warten; die Lohnrauboffensive der Bourgeoisie läuft! Untätig bleiben bedeutet steigende Verelendung, bedeutet, die Initiative des Handelns völlig der Bourgeoisie zu überlassen.

Darum rufen wir Euch zu:

Zwingt Eure Vertrauensleute in den Betrieben, Eure Tagesforderungen anzuerkennen und für sie einzutreten. Beharrt auf Eurem Recht des Kampfes für Eure Interessen.

Dazu braucht ihr letzten Endes unbedingt eine Euch ergebene Klassenführung, Klassenpartei!!!

Brecht mit den Verratsparteien LP,SP,StP !!!

Arbeitet mit am Aufbau der Proletarischdemokratischen Arbeiterpartei, helft mit ihren Kern zu schaffen.

Stärkt die

Proletarische Vereinigung Österreichs!

Der Abwehrkampf gegen die Bourgeoisie wird Erfolg haben, aber bleibt Euch bewusst, dass n u r durch konsequente Überwindung des Kapitalismus in der proletarischen Revolution, durch Aufbau des Sozialismus, Kommunismus, Eure Erfolge bleibender Natur werden können, Ihr endgültig das kapitalistische Joch der Lohnsklaverei abstreifen könnt !!!!

P. A. 31.5.67

Riesenprofite !!!!

Volksstimme, 12.5.67

Die USA haben nach Angaben des Verteidigungsministeriums seit 1961 jährlich etwa 3 Milliarden \$ (ca. 78 Mrd. Schilling, was ungefähr dem österreichischen Staatsbudget entspricht !) Waffen und anderes Rüstungsmaterial exportiert... Der (zugegebene, d. Red.) Gewinn der amerikanischen Rüstungsindustrie in den letzten 5 Jahren gab... mit rund 1 000 000 000 \$ an.

Presse, 24.5.67

Der Vorstandsvorsitzende der BASF-Gruppe wies darauf hin, dass die BASF mit der vorgeschlagenen Dividendenaus-schüttung von 230 000 000 DM die höchste je von einer deutschen Aktiengesellschaft gezahlte Dividendensumme hätte ! (Obwohl für das laufende Jahr Investitionen in der Höhe von insgesamt 1 100 000 000 DM vorgesehen sind. Die Finanzierung erfolgt ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, d.h. ausschließlich aus Eigenmitteln!!!)

Wer bezahlt ?

"Trotz Protestaktionen der Arbeiter und Angestellten will die Rhein-stahl Hanomag AG. in Hannover die über-tariflichen Löhne und Gehälter um 2,5% kürzen. Die Werksleitung teilt mit, dass die Kürzung bei den Lohnempfängern

am 1.7.67 und bei den Angestellten zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Kraft tritt. Rund 11 000 Arbeiter und Angestellte sind betroffen!" (Kurier vom 10.5.67)

Rekorddividenden auf der einen Seite - Lohnkürzung auf der anderen. So sieht der kapitalistische Alltag aus! Das ist die kapitalistische "Wohlfahrt"! Die Arbeiter, Angestellten müssen für einen Lohn schuften, den die Bourgeoisie glatt um einen halben Tageslohn herabgesetzt hat. Offener Lohnraub! Die Gewerkschaftsbürokratie rührt keinen Finger. Kein Wunder, geht ihr doch die Koalition mit den Kapitalisten über alles.-

Wir fragen:

Wer bezahlt die Kosten der kapitalistischen Krise?

DIE MASEN!

Wer zieht den Profit daraus?

DIE KAPITALISTEN

Wer ermöglicht, deckt Lohnraub und Ausbeutungssteigerung?

DIE VERRATSPARTEIEN!

Ein Erfolg des Arbeiterverrates .

In der "Solidarität" (Mai 1967) veröffentlichte die Gewerkschaftsbürokratie eine Streikstatistik für das Jahr 1966.

Insgesamt wurde in den österreichischen Betrieben gestreikt:

	<u>1966</u>	<u>1965</u>
Gesamtstundenzahl	570 864	3 387 70
Beteiligte Arbeiter und Angestellte	120 922	146 009
Durchschnittliche Streikdauer	4 Std.43 Min.	23 Std. 12 Min.

"Lässt man die Habsburgstreiks weg, so hätte es 1966 nur ein "kleines Streikjahr" gegeben :

Streikdauer: 365 000 Stunden
Beteiligte: 19 483 Arbeiter und Angestellte
("Solidarität")

Was kann den Verrat der Profitlakaien deutlicher belegen als diese nüchternen Zahlen? Die Kapitalistenklasse Österreichs führt Ausbeutungsfeldzug auf Ausbeutungsfeldzug gegen die Massen. Der Preisraub bei den lebensnotwendigen Waren wird unvermindert vorangetrieben. Konterrevolutionäre Provokationen werden häufiger und augenfälliger, Habsburg ist nur ein Teil davon !!!

All das erfordert einen entschlossenen Abwehrkampf der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, einen Kampf, der nicht an den Grenzen des Kapitalismus halt macht, sondern konsequent auf die Liquidierung des kapitalistischen Weltsystems hinarbeitet. Der proletarisch-revolutionäre Streik ist ein wirksames Kampfmittel gegen die Bourgeoisie. Sein unmittelbares Kampfziel ist zum Beispiel eine echte Lohnerhöhung, doch wird diese auch bei Erfolg der Arbeiter in dieser Frage nie gesichert sein, solange die Kapitalisten ihre beiden Machthebel, Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln und kapitalistischer Staatsapparat, sicher in der Hand haben. Das müssen wir den Arbeitern immer wieder klar sagen. Und doch ist dieser Kampf um die brennendsten Tagesinteressen unumgänglich notwendig, um das Hinabdrücken des Lohnes auf und unter das Existenzminimum zu verhindern. Nur in diesem Kampf kann das Bewusstsein der Massen gestärkt und ihr Kampfwille gestählt werden. Beides ist Voraussetzung für einen Sieg im unausweichlichen Entscheidungskampf !

Die Sozialbürokratie, Gewerkschaftsbürokratie verrät die Endinteressen der Ausgebeuteten. Nie und nimmer verknüpft sie den von ihr "geführten" Tageskampf mit den proletarisch-revolutionären Endlösungen. Sie versucht den Kapitalismus zu konservieren, ihn den Massen schmackhaft zu machen; diese Dienste honoriert die Bourgeoisie mit dem Judaslohn, gutbezahlten Posten im kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsapparat und anderen Pfründen. Kleine bürgerliche Reformen werden als Erfolge ausposaunt, um die Massen hinzuhalten. Sobald jedoch der Profit für die Bourgeoisie nicht mehr so überreich fließt, müssen die Sozialverräter im Interesse der kapitalistischen Konkurrenzfähigkeit noch stärker darangehen, den Tageskampf der Massen zu sabotieren, ihn in unwirk-

same Kanäle zu leiten, mit einem Wort, auch die Tagesinteressen des Proletariats immer mehr zu verraten.

Dass es ihnen grösstenteils gelang, dafür zeugt die Streikstatistik. Die Streikstunden wurden auf ein sechstel des Vorjahreswertes herabgedrückt!! Die Streikdauer auf ein fünftel verkürzt!! Wahrhaft eine stolze Bilanz des Arbeiterrates!

Klar wird bewiesen: Der Profit geht der Arbeiterbürokratie über die Interessen der Massen!

Sie sind die Profitlakaien der Kapitalisten !

===== Sklaverei - heute =====

Wie wenig der verfaulende Kapitalismus imstande ist, zurückgebliebene Produktions- und Ausbeutungsformen zu überwinden, zeigen uns folgende Zahlen:

"In aller Welt dürfte im Jahre 1967 die Zahl der Sklaven mindestens zwei Millionen Menschen betragen, stellte die UN-Menschenrechtskommission kürzlich fest....In verschiedenen Regionen Südamerikas leben mehr als eine Million Menschen in Leibeigenschaft. Rund 250 000 regelrechte Sklaven, die auch als solche behandelt werden, wurden im Tschad (Afrika) und auf den Philippinen festgestellt. Auch in manchen Ländern Afrikas und Asiens gehört die Existenz von Sklaven noch zum traditionellen Leben." ("Volksstimme" vom 28.5.67) Dabei erfassen diese Zahlen nur die Fälle, die so offensichtlich sind, dass sie absolut nicht verborgen werden konnten.

Die schönsten Menschenrechtskonventionen haben daran nichts geändert. Aus Furcht vor den Massen ist die Kolonialbourgeoisie nicht bereit, konsequent bürgerlichrevolutionär gegen die vorkapitalistischen Ausbeuter vorzugehen. Immer mehr steuert sie auf Kompromiss mit den feudalen und halbfeudalen Unterdrückern. Daher ist die Bourgeoisie objektiv ausserstande, Skla-

verei, Leibeigenschaft, Schuldhaft und Sklavenehen einzudämmen, geschweige denn zu überwinden. Im Gegenteil, die allgem. Bedingungen der Lohnsklaverei reproduzieren immer wieder sklavenmäßige Ausbeutungsformen, siehe die KZ-Zwangsarbeit in NAZI-Deutschland. Das bestätigen auch Meldungen jüngsten Datums aus Pakistan:

"Zwangsarbeitslager in vielen Teilen Westpakistans wurden in den letzten zwei Wochen entdeckt..... An die 300 Kinder und Erwachsene wurden aus diesen Lagern befreit, die schreckliche Geschichte über die bestehende "Tyrannei" erzählen. Nachts wurden sie mit Ketten an ihre Betten gefesselt und unter schwerer Bewachung gehalten. Jeder Ungehorsam wurde schwer bestraft und Drohungen liessen sie schweigen.... Die Methode (solche Arbeitssklaven zu erhalten, die Red.) war einfach. Sie verpflichteten Leute, für sie zu arbeiten, und liessen sie dann nicht gehen." ("The Economist" vom 20.Mai)

Wir sehen, wie gering der Sprung vom Loharbeiter zum reinen ^{Arbeits-}sklaven ist. So verschieden die konkrete Form auch ist, das Prinzip: Ausbeutung von Menschen durch Menschen, bleibt dasselbe. Nur durch Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und Hinarbeiten auf Sozialismus und Kommunismus kann die Menschheit von jeglicher Ausbeutung und Knechtschaft befreit werden.

"Der Kapitalismus ist ein zu tiefst ungerechtes System."
(Papst Paul VI)

Sosiale Heuchelei höchster Potenz!!!!!!
Ein Mammutkapitalist verurteilt den Kapitalismus.....und lebt davonprächtig!

Erfolgreiche kapitalistische Ausbeuter....(von den Pfaffen ist die Rede)!!!!

All diese Überschriften wären möglich, wenn wir die Meldung "Wie reich ist der Vatikan" kommentieren.

Die Hauptaufgabe der Pfaffen je-

glicher Schattierung ist das Vernebeln der Hirne der Ausgebeuteten. Redlich dienten sie den Sklavenhaltern (nachdem Kaiser Konstantin die christliche Kirche zur Staatskirche erhob), den Feudalen und heute den kapitalistischen Ausbeutern. Sie sind das wichtigste ideologische Instrument der Weltbourgeoisie zum Trüben der Blicke der Unterdrückten, zum Herabsetzen deren Erkenntnisfähigkeit. Diesen das Paradies im Himmel, jenen den Profit auf Erden. So bekommt jeder etwas.

Noch besser will es die Kirche für sich. Sie beansprucht beides! Weit davon entfernt, sich selbst mit dem himmlischen Garten Eden abspeisen zu lassen, führt sie ein beachtliches Eigenleben als kapitalistischer Profitsauger.

Ihr Aktienkapital allein in Italien wird auf 900 - 1 000 Milliarden Lire geschätzt. Das entspricht ca. 36 - 40 Mrd. Schilling. Doch dabei handelt es sich bei weitem nicht um alles, "denn der Vatikan hat seinen Besitz nicht nur in Italien investiert, sondern auch in Amerika, in der Schweiz und in England." ("Die Presse", 25.4.67) Zu diesem ungeheuren Aktienbesitz kommen noch die ungezählten, zum Grossteil sehr ausgedehnten Kloostergüter, Stifte, Äcker, Wälder, Weingärten und andere Ländereien. Jahrhundertlang hat die Kirche in ihrer an Raub bestimmt nicht armen Geschichte zusammengestohlen, was irgend möglich war. Der Ursprung ihres Aktienreichtums ist jedoch besonders lehrreich

1929 schloss der Vatikan mit dem faschistischen italienischen Staat die Lateranverträge ab. In diesen Verträgen überliess Italien der Kirche das Gebiet des heutigen Vatikan als eigenes Staatsgebiet. Dafür wurde der ehemalige Kirchenstaat, der halb Mittelitalien umfasste, nun auch formell an die italienische Bourgeoisie abgetreten. Als Abfindung zahlte der kapitalistische italienische Staat eine stattliche Summe an die Kirche. Diese Milliarden wurden von den findigen Finanzverwaltern der Pfaffen in Aktien angelegt. Das waren offenbar sehr fähige Leute, denn nach der ersten Phase des zweiten imperialistischen Weltkrieges hatte sich der kirchliche Aktienbesitz annähernd verzehnfacht.

Wir fragen nun, wie war das möglich?

16.1.67

Welche kapitalistischen Industrien haben in der Zeit 1929 - 1945 solche Riesenprofite gemacht?

Die Antwort fällt leicht:

Einzig die kapitalistischen Rüstungskonzerne samt ihren Vorlieferanten in aller Welt !!!

Anders ist es gar nicht möglich. Die Pfaffen haben das grosse Geschäft vorausgesehen und sind darangegangen, in der Zeit des Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise billige Rüstungsaktien aufzukaufen und die weitere Entwicklung abzuwarten.

Profit stinkt nicht! Und die Tatsachen haben die Richtigkeit ihrer Einschätzung bewiesen. So wurde die Heilige Römisch-Katholische Kirche zum grössten Aktienbesitzer Italiens, der ein zehntel des gesamten Aktienkapitals eignet. Auch heute ziehen sie wie alle Grosskapitalisten ihren Profit entscheidend aus der Rüstung, die ja das Um und Auf der sogenannten Konjunktur ist.

Wir sehen, wie dialektisch die grössten Leugner der materialistischen Dialektik vorgehen können, wenn es sich um das Füllen der eigenen Taschen dreht. Sie verdienen kräftigst an der kapitalistischen Rüstung und verbinden das mit leidenschaftlichem "Pacem in Terris"- (Friede auf Erden-) Geheul. So lösen sie Widersprüche !!!

Soziale Heuchelei auf der einen Seite, gigantische Profite aus der kapitalistische Ausbeutung auf der Anderen !!!

("Der Kapitalismus ist ein zutiefst").....Amen.)

So finanziert die österreichische Bourgeoisie die Konterrevolution .

Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, Bundesgesetz vom 23.11.66, letzte Fassung:

§3. Die Höhe der Zulage beträgt monatlich bei der goldenen Tapferkeitsmedaille S 200.-
silbernen Tapf.med. 1. Klasse S 100.-
silbernen Tapf.med. 2. Klasse S 50 .-

§7. Einen Ehrensold erhalten: Militär-Maria-Theresien-Ordensträger in der Höhe von S 1 200.- monatlich im voraus.

Wer erhält dieses Geld? Soldaten, besonders Offiziere des kapitalistischen Heeres, die sich bewährt haben. Bewährt für die österreichische Bourgeoisie. Vor allem aber Mitglieder von Soldaten- und Kameradschaftsbünden.

Wofür erhalten sie dieses Geld? Als Belohnung für geleistete Dienste für die Kapitalistenklasse, weiters um sich besser gegen die ausgebeuteten Massen rüsten zu können, denn die österreichische Bourgeoisie weiss: auch die österreichischen Massen werden kämpfen!

Wem wird dieses Geld abgepresst? Den ausgebeuteten Massen, durch gestiegenen Lohn- und Preisraub in Form der Steuern usw.

Und was sagt die Sozialbürokratie, die österreichische Stalinbürokratie dazu? Nicht einmal etwas Raunzen. Kein Wort steht in ihren Zeitungen. Es ist sicher, dass auch etliche Sozialbürokraten darunter sind, sie lassen ja keine Gelegenheit vorbeigehen, um sich zu bewähren für die Bourgeoisie. An Generälen, Offizieren, Mitgliedern von Kameradschaftsbünden hat es bei der Sozialbürokratie nie gefehlt.

Darum: Zerschlagung der beiden kapitalistischen Machthebel, Aufrichtung der internationalen proletarischen Macht, damit erst wird der Bourgeoisie die Quelle all der Tapferkeitszulagen, Ehrensolde usw. entzogen.

Ro.

S T A N D R E C H T

=====

"Kundmachung der Bundesregierung vom 20. 4. 1960 über die Wiederverlautbarung der österreichischen Strafprozessordnung 1945:

Artikel IV.

Soweit Bestimmungen über die Todesstrafe weiterhin, und zwar für das standrechtliche Verfahren Bedeutung haben.....sind sie in die Wiederverlautbarung aufgenommen worden!!

gezeichnet:

- ...Pittermann Afritsch Tschadek
- ...Proksch
- ...Waldbrunner ... Kreisky +)

+)Die kapitalistische ÖVP-SPÖ Koalitionsregierung.

Kapitalistisches Standrecht, gesetzliche Grundlage des Terrors gegen revolutionäre Massen!

Kapitalistisches Standrecht, Geißel zum Einschüchtern und blutigen Niederwerfen des Proletariats !

6 Monate ist es her, dass eine der Gewerkschaftszeitung nahestehende Tageszeitung ("Express") plötzlich in Schlagzeilen verkündete: "Standrecht...Todesstrafe in Österreich!" Die ganze Aufmachung versuchte den Eindruck zu erwecken, man sei beim durcharbeiten alter Gesetze unvermutet auf Verordnungen gestossen, die das Standrecht betreffen und "aus Versehen" noch nicht aufgehoben wurden. Aus heiterem Himmel wurde aufgezeigt, dass es weiterhin die Todesstrafe gibt, dass sich die Bourgeoisie in diesen Verordnungen ein Instrument bewahrt bzw. geschaffen hat, um bei ernstesten Massenkämpfen mit aller Schärfe gegen Arbeiter vorgehen zu können.

Die Sozialbürokratie gab sich überrascht, täuschte vor, dass ihr diese Verordnungen glatt entgangen seien und liess von einem ihrer Vertreter, Dr. Kleiner, einen Antrag im bürgerlichen Parlament einbringen, der die Aufhebung der standrechtlichen Bestimmungen "fordert". Einige Zeit wurde noch in der SP-, StP- und Gewerkschaftspresse auf

die "Bedenklichkeit" jedes Standrechtes hingewiesen, dann liessen die Verräter alles einschlafen. Seither verlaudet kein Wort mehr darüber. Nur im Zusammenhang mit ihren Parlamentsberichten wurde das Standrecht wieder kurz erwähnt. Die ÖVP, Partei der österreichischen Bourgeoisie hatte den Antrag auf Abschaffung ohne Diskussion verworfen. Ohne ernsten Protest, ohne Widerstand wurde das von den Sozialverrättern hingenommen.---

Als die Bürokratie die Standrechtsfrage aufwarf, hat sie einige "Kleinigkeiten" bewusst verschwiegen. Es stimmt dass die Verordnung über das Standrecht aus dem Jahre 1933 stammt. Die bomanpartistische Bourgeoisie Österreichs hat es in Kraft gesetzt, um in der kommenden blutigen Auseinandersetzung mit dem österreichischen Proletariat zu der es im Februar 34 wie vorausgesehen kam, bessere gesetzliche Grundlagen zum konterrevolutionären los schlagen gegen die letzten Bastionen der Arbeiter zu haben. Dass die Bourgeoisie so stark wurde, um nach Ausschaltung des kapitalistischen Parlaments auf dem Verordnungswege regieren zu können und Notverordnungen wie das Standrecht erlassen konnte, das ist entscheidend die Schuld der Verratspolitik der Sozialbürokratie. Sie hat die Massen jahrelang vom ernstesten Kampf gegen die Bourgeoisie abgehalten, ist ständig zurückgewichen, bis ein weiteres Zurückgehen nicht mehr möglich war und die Massen unter für sie ungünstigen Bedingungen zum Entscheidungskampf antreten mussten. Dass sich die Bourgeoisie leisten konnte, 1933 das Standrecht einzuführen und 1934 zum Niederwerfen des Proletariats zu benutzen (Dutzende Todesurteile wurden vom Standgericht gegen kämpferische Arbeiter, Weissel, Wallisch usw., gefällt und vollstreckt! das geht auf das Schuldkonto der verkleinbürgerlichten "Arbeiter"parteien.

In der Zeit des Austrofaschismus und des NAZI-Faschismus setzten SF, KP und Gewerkschaftsbürokratie ihren Verrat fort. Weiterhin arbeiteten sie in Richtung auf Koalition mit der Bourgeoisie, mit Teilen derselben, gegen die ausgebeuteten Werkstätigen.

1945 war es so weit. Die Kapitalisten liessen ihre grosse kapitalistische Schaukel von der offenen wieder zurück zur verhüllten kapitalistischen Diktatur schwingen. Mit den vom Krieg aufgewühlten Massen fertig zu werden war keine leichte Sache. Beide Parteien, SP als auch StP mussten herhalten. Beide traten mit der Bourgeoisie in die offene Regierungskoalition. Die 2. kapitalistische Republik wurde ausgerufen, die alte bürgerlichdemokratische Verfassung in Kraft gesetzt und die meisten Gesetze aus der offenen Diktatur übernommen. So auch die Strafprozessordnung und damit stillschweigend das Standrecht, die Todesstrafe im "ausserordentlichen" Verfahren. Beide Verratsparteien sassen in der bürgerlichen Regierung, beide haben mitbeschlossen, beide sind dafür verantwortlich !!! Die SP stellte etliche Minister und den Bundespräsidenten, die StP den Innenminister und den Wiener Polizeipräsidenten, die von der Stalinbürokratie vergewaltigte Rote Armee stand in Wien! Trotzdem kein Protest, kein Widerstand gegen die Beibehaltung des Standrechtes nach 1945! Das heisst, es ist mit ausdrücklicher Zustimmung der Verräter geschehen!

Am 20.4.1960 ist die Strafprozessordnung 1945 wiederverlautbart worden. Eine solche Wiederverlautbarung wird vom Justizministerium beantragt. Dieses schlägt auch die Änderungen und die Neuformulierungen vor. In der kapitalistischen Koalitionsregierung war Sozialbürokrat Tschadek für das Justizministerium verantwortlich, Afritsch leitete formell das Innenministerium!

Artikel IV dieser Wiederverlautbarung haben wir unserer Stellungnahme vprangestellt. Klar lässt er erkennen, das völlig bewusst die Bestimmungen über die Todesstrafe in die Neuverlautbarung aufgenommen wurden. Auf Antrag und mit Zustimmung des SP-Justizministers !!

Daran können wir ihren Verrat er-messen. Die entartete Arbeiterbürokratie geht mit der Bourgeoisie durch dick und dünn, wenn es gilt, die Massen niederzuwerfen. Das hat sie nach 1918 besonders in Deutschland bewiesen, wo ihr Noske revolutionäre Arbeiter an die Wand stellen liess und sich selbst

stolz als "Bluthund" (der deutschen Kapitalisten) bezeichnete! Sie wird es wieder beweisen, wenn die Massen in Bewegung geraten. (1950 gab sie uns eine Kostprobe, als sie die Olah-Schläger gegen streikende Proletarier warf. 1965 liess der belgische SP-Innenminister 2 Bergarbeiter erschliessen!). Heute hilft sie der Bourgeoisie bei den Vorbereitungen, wozu auch die Beibehaltung des Standrechtes zählt, das den Arbeitermord legalisiert.- Für den ehemaligen NS-Marinerichter Tschadek mag das Fällen von Todesurteilen über Arbeiter nichts neues sein. Hatte er doch in der Zeit des Faschismus aktiv an der Unterdrückung mitgewirkt. In Kiel hat er etliche Arbeiter, die in die deutsche Kriegsmarine gepresst worden waren und dort Widerstand leisteten, zum Tode verurteilt.-----

Was besagt das Standrecht konkret ?

Strafprozessordnung

"XXV. Hauptstück.

Vom standrechtlichen Verfahren"

Schon im § 429 über die "Einleitung des standrechtlichen Verfahrens" zeigt sich klar dessen Aufgabe. Er behandelt, wann und von wem das Standrecht auszurufen ist:

" § 429. Das standrechtliche Verfahren kann in der Regel nur in den Fällen des Auftritts stattfinden, wenn die übrigen gesetzlichen Mittel zu dessen Unterdrückung nicht ausreichen. Die Erklärung, dass die Notwendigkeit des Standrechtes vorhanden sei, steht dem Landeshauptmann im Einverständnis mit dem Präsidenten des Gerichtshofes zweiter Instanz und mit dem Oberstaatsanwälte zu. Wenn jedoch Gefahr im Verzug ist, ist auch der Vorsteher der Bezirksverwaltungsbehörde berechtigt, diese Erklärung im Einverständnis mit dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz und dem Staatsanwälte zu erlassen."

Was sind die "Fälle der Aufruhr"? Nichts anderes als Massenkampf auf etwas gesteigerter Stufenleiter, revolutionäre Streiks, Demonstrationen, revolutionärer Generalstreik! Jeder kleine Tageskampf, richtig auf der proletarischen Klassenlinie geführt, stösst an

die Machtfrage, kanndaher als "Aufruhr" aufgefasst werden. Zudem sagt die Bourgeoisie "in der Regel". Wenn es ihr passt, so ruft sie das Standrecht eben auch "ausser der Regel" aus!!! Arbeiter, für wen ist "Gefahr im Verzug", für wen besteht eine "notwendigkeit des Standrechtes"? Für die Bourgeoisie, für ihre Ausbeuterordnung, ihren Profit und ihren Unterdrückerstaat!!!

"§ 432. Die Bekanntmachung des standrechtlichen Verfahrens ist im Falle des Aufruhrs mit dem Befehle zu verbinden, dass sich jedermann von allen aufrührerischen Zusammenrottungen, allen Aufreizungen hiezu und aller Teilnahme daran zu enthalten und den zur Unterdrückung dieser Verbrechen ergehenden Anordnungen der Obrigkeit zu fügen habe, widrigenfalls jeder, der sich nach dieser Kundmachung dieses Verbrechens schuldig macht, standrechtlich gerichtet und mit dem Tode bestraft würde."

Eine klare Sprache!!! Die Bourgeoisie kann durch Ausrufung des Standrechtes alle bürgerlichdemokratischen Rechte der Massen über dem haufen werfen, ohne diese offiziell aufheben zu müssen. Streikversammlungen, Demonstrationen, Gewerkschaftstreffen, Parteiversammlungen, usw., all das sind "aufrührerische Zusammenrottungen", wenn sie den geheiligten Profit gefährden. Flugblattverteilen und Parolemalen, verfassen von revolutionären Artikeln und Aufrufen, Herausgabe revolutionärer Zeitungen ist "Aufreizung hiezu". Streiken und Demonstrieren ist "Teilnahme daran". All dies kann die Bourgeoisie mit einer einfachen Erklärung verbieten und unter Todesstrafe stellen!!!!

§ 435 zeigt, dass sich die Bourgeoisie in solch kritischen Situationen auf echte, verlässliche Vertreter ihrer Klassenjustiz stützt, denn das Standgericht besteht nur aus 4 Berufsrichtern, von denen einer den Vorsitz führt. Den Schwindel der Geschworenengerichte leistet sie sich nur, wenn der Kampf der Klassen auf sehr tiefer Stufe geführt wird. Tobt der Kampf auf Stehen oder Fallen der kapitalistischen Ordnung, so hat die Bourgeoisie für dergleichen Mätzchen keine Zeit.

"§ 436. Sobald das standrechtliche Verfahren angeordnet ist, hat die Verwaltungsbehörde mit der grössten Beschleunigung Sorge zu tragen, dass vom nächsten Militärkommando die zur Sicherheit des Standrechtes nötige Mannschaft abgeordnet werde, dass an dem zur Abhaltung des Standrechtes bestimmten Orte die nötigen Amtgerätschaften (d.i. der Galgen! d.Red.) bereit und ein Seelsorger, ein Gerichtsarzt, ferner der Scharfrichter und dessen Gehilfen gegenwärtig seien und dass der Vollziehung der Todesstrafe, falls sie verhängt werden sollte, kein Hindernis entgegenstehe."

Wir erinnern!

gezeichnet: Pittermann, Kreisky,
Waldbrunner, Tschadek
und Konsorten!

Dieser Absatz zeigt, dass die Bourgeoisie sehr gut weiss, wie wenig ein Gesetz bedeutet, wenn nicht die reale Macht dahintersteht. Deshalb sorgt sie dafür, dass genügend Organe ihrer Klassendiktatur bereit sind, um ihren Klassenwillen, die in dessen Sinne erlassenen Gesetze, zu erzwingen! Wie gut die Bourgeoisie vorausdenkt, kann man daran erkennen, dass sie kapitalistisches Heer anfordert, dass sie also recht gut weiss wozu sie "unser Bundesheer" hat und dass kapitalistische Polizei, Gendamerie höchstwahrscheinlich nicht ausreichen werden, um die Massen niederzuhalten.

Das Verfahren vor dem Standgericht ist dadurch gekennzeichnet, dass die Bourgeoisie möglichst schnell schärfste Urteile fällen möchte, um der aufkeimenden Massenbewegung das Genick zu brechen. Jede Verzögerung soll tunlichst vermieden werden!

"§ 439. Das ganze Verfahren gegen einzelne Beschuldigte ist vom Anfang bis zum Ende vor dem versammelten Gericht und, soviel als möglich, ohne Unterbrechung zu pflegen. Der Beschuldigte ist sofort nach seiner Ergreifung vor das Standgericht zu stellen" "...Die längste Dauer des Verfahrens gegen einen Beschuldigten wird auf 3 Tage festgesetzt."

"§ 441. Das Verfahren hat sich in der Regel auf den Beweis der Tat zu beschränken, wegen der das standrechtliche Verfahren eingeleitet worden ist.".. Das Verfahren darf durch Erhebungen über Entschädigungen nicht aufgehalten werden. Ebenso ist die Ausforschung der Mitschuldigen zwar nicht ausser Acht zu lassen, jedoch soll deshalb die Schöpfung und Vollziehung des Erkenntnisses gegen den Ergriffenen nicht aufgeschoben werden."

Ohne Hinderniss und so eilig wie möglich zum Urteil zu kommen, das sollen diese Paragraphen garantieren. Wie sieht das Urteil nun aus?

"§ 442...Wird der Beschuldigte einstimmig für schuldig erklärt, so hat das Standgericht in der Regel auf die Todesstrafe zu erkennen. Wird gegen mehrere Personen auf Todesstrafe erkannt, so ist im Urteil festzusetzen, in welcher Reihenfolge die Verurteilten hingerichtet werden sollen." Ordnung muss sein!!!

"Nur wenn bereits durch Vollziehung der Todesstrafe an einem oder mehreren der Strafwürdigsten das zur Herstellung der Ruhe nötige abschreckende Beispiel gegeben oder wenn durch das Verbrechen nicht der Tod eines Menschen verursacht wurde, kann das Standgericht aus wichtigen Milderungsgründen auf lebenslangen schweren Kerker und gegen Minderbeteiligte auf schweren Kerker von fünf bis zwanzig Jahren erkennen."

Wir sehen, es gibt grundlegend nur Freispruch oder Todesstrafe. Die Einstimmigkeit wird sich im Kreise der 4 kapitalistischen Berufsrichter unschwer herstellen lassen. Aus der Formulierung "... Herstellung der (kapitalistischen Ausbeuter)Ruhe... abschreckendes Beispiel..." sticht wieder offen der Sinn dieses Gesetzes hervor: Einschüchterung der Massen durch kapitalistischen Terror!!!

"§ 445. Gegen die Urteile des Standgerichtes ist kein Rechtsmittel zulässig; ein dagegen von wem immer eingebrachtes Gnadengesuch hat nie eine aufschiebende Wirkung."

"Die Todesstrafe ist in der Regel zwei Stunden nach der Verkündung des Urteils zu vollstrecken, nur auf ausdrückliches Bitten des Verurteilten

kann ihm noch eine dritte Stunde zu seiner Vorbereitung auf den Tod gestattet werden."

.....gezeichnet: Pittermann, Kreisky, Waldbrunner usw.!!!

Verraten und vergessen sind die alten Forderungen nach Aufhebung der Todesstrafe, wie sie noch im Erfurter Programm enthalten sind. Im Gegenteil! Mit aktiver Unterstützung der Sozialbürokratie wurden diese Bestimmungen beschlossen und 1960 wiederverlautbart. Wenn wir uns das vor Augen halten, so erkennen wir auch den wahren Sinn der Schwindelinitiative zur "Abschaffung des Standrechtes". Die Arbeitervertreter haben nichts gegen die Todesstrafe, sofern sie zur Niederschlagung revolutionärer Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger eingesetzt wird. Ihnen ist zwar unangenehm, wenn das Standrecht auch gegen sie selbst verwendet wird und einige Bürokraten daran glauben müssen, doch nehmen sie das in Kauf. Die Spitzen der Bürokratie lässt die Bourgeoisie in der Regel ungeschoren. Die Bourgeoisie plant auch auf weite Sicht und weiss, dass sie diese Handlanger früher oder später wieder brauchen wird. Warum also dieser Parlamentsantrag? Einzig und allein als Alibi vor den Massen! Die Kapitalisten, ihr Unterdrückterstaat wird sich des standrechtlichen Verfahrens bedienen, wenn "Gefahr (für für die Ausbeuterordnung) im Verzug ist"! Das wissen die Lakaien uns sie können sich auch auf fünf Fingern abzählen, dass das den Massen bekannt wird, dass die Sozialbürokratie bei der Verabschiedung des Standrechtes mitgestimmt, mitunterscriben hat. Die Arbeiter werden die Bürokraten zur Rede stellen. Das wissen sie auch. Dafür bauen sie heute schon vor. Ihr Parlamentsantrag wird die Ausrede sein mit der sie die Arbeiter, Angestellten zu täuschen versuchen werden. "Gewiss," werden sie heuchlerisch bekennen, "damals mussten wir mitstimmen, um die Koalition nicht zu sprengen, die Euch doch so viele "Vorteile" gebracht hat. Aber es geschah mit innerem Protest. Ihr seht doch, sobald wir in "Opposition" getreten sind, haben wir uns augenblicklich für die Aufhebung des Standrechtes eingesetzt. Dass wir damit keinen

Erfolg hatten, das liegt an unserer damaligen parlamentarischen Schwäche....."

Glaubt den Veräthern nicht!!! Sie wollen keinen ernststen Kampf gegen die Bourgeoisie, weder in dieser Frage noch in einer anderen. Ohne Kampf gibt die Bourgeoisie nichts her, ohne Kampf wird sie auch das Standrecht nicht aufheben!

Es gibt zu denken, dass die Sozialverräter gerade jetzt diese Frage aufgreifen. Das lässt schliessen, dass sie die Zeit nicht mehr in allzuweiter Ferne sehen, in der die Kapitalisten das Standrecht gebrauchen werden, und dass sie es für dringend erforderlich halten, ihre schmutzige Weste notdürftig zu reinigen. - Eine Nebenwirkung, die sicher nicht unwillkommen ist, dürfte sein, dass die Existenz des Standrechtes publik gemacht wird, den Massen ins Bewusstsein dringt. Hauptzweck ist die Einschüchterung. Diese Wirkung hat es aber nur, wenn es allgemein bekannt ist. Der Parlamentsantrag hat dem sicher gedient.-----

Die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft verschärfen sich. Der Druck auf die Massen wächst, die Verelendung nimmt zu. Durch Ausbeutungssteigerung und immer grösseren Lohnraub wird mehr und mehr aus den Massen herausgepresst. Nicht ewig werden das die Massen hinnehmen. Die Empörung wächst, speichert sich an. Das muss zur Explosion führen!!

Plötzlich, unerwartet werden alle diese Energien frei! Der Widerstandskampf gegen die Rauboffensiven der Kapitalisten, die die Grundlagen der nackten Existenz der Arbeiterklasse immer mehr untergraben, wird ungeheure Massen in Bewegung setzen, immer mehr mitreisen. (Der Oktoberstreik 1950 war ein Symptom für das Hervorbrechen dieser elementaren Massenkraft!) Nichts fürchtet die Bourgeoisie mehr als diese Wucht des kämpfenden Proletariats. Für sie ist es eine Lebensfrage, diese freiwerdenden Kräfte möglichst rasch unter Kontrolle zu bringen, bevor sie samt ihren Machtorganen weggefegt wird. Mit aller Schärfe, mit all ihrer Klassenkraft wird sie den Gegenschlag führen. Die Lakaien werden in dieser Situation über die entscheidenden Massen die Macht verloren haben. Das weiss die Bourgeoisie.

Der Kampf wird an den Grundfesten

der Kapitalherrschaft rütteln. Für diese Lagen hat sich die Bourgeoisie das Standrecht vorbereitet. Abschreckung, Einschüchterung, kapitalistischer Terror soll die aufstehenden Massen wieder zu Boden werfen. Dem dient das Standrecht und nichts anderem!!!

Ihr müsst k^mämpfen Arbeiter! Das Elend und die Ausweglosigkeit der Profitwirtschaft lässt Euch keine andere Wahl. Kämpft Ihr, weil Ihr so nicht leben könnt, so droht Euch die Todesstrafe!! Kapitalistische "Wohlfahrt", der Zuckerguss der bürgerlichen Reform, usw., all die Tünche fällt ab.

Zugrunde gehen oder kämpfen, wobei die Bourgeoisie mit dem Standgericht droht!

Das hat der Kapitalismus für Euch bereit!!!!

Nie und nimmer werden die ausgebeuteten Proletarier, die nichtausbeutenden selbstausgebeuteten Kleinbürger und Kleinbauern unter der Fuchtel des Kapitals wirklich frei sein. Nie wird ihr Dasein gesichert sein. Krise und imperialistischer Krieg bringen ungeheure Opfer und Leiden über die Massen. Und warum letzten Endes! Weil die kapitalistische Profitwirtschaft, die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Niedergangsepoche nicht anders existieren kann als durch immer neue Vernichtung und Zerstörung. Die Todeskrämpfe der alten Gesellschaft ziehen die Menschheit immer tiefer.

S c h l u s s damit!

Kampf für eine Gesellschaft, der Ausbeutung und Unterdrückung fremd sind, in der kein Standrecht die Privilegien einer Klasse schützt! Kampf für den echten, ehrlichen Sozialismus, Kommunismus! Der Weg dazu führt über die Zerschlagung der kapitalistischen Klassenmacht, die Enteignung der entscheidenden Produktionsmittel, die Aneignung derselben durch die Sowjets und den Aufbau des proletarischen klassenmässig zusammengesetzten Staatsapparates, der proletarischdemokratischen Sowjetdiktatur!!!

Solange unsere Klassenmacht nicht ausreicht, um diesen Endkampf für die grundlegende Überwindung des Kapitalismus an die Tagesordnung zu setzen, kämpfen wir für die Verbesserung unserer Lebenshaltung, für die Sicherung unserer

Existenz unter den Bedingungen des Lohnsystems. In diesem Kampf stossen wir zwangsläufig immer wieder mit den Unterdrückungsorganen der Bourgeoisie zusammen.

Wir wissen, dass die Bourgeoisie mit oder ohne formalen Gesetzen brutal gegen die Massen vorgeht. Doch um den Kapitalisten wenigstens den Mantel der Legalität herunterzureissen, wenn sie Arbeiter niedermachen lässt, dafür fordern wir:

Weg mit dem Standrecht!

Verbot der Todesstrafe! Auch in "ausserordentlichen" Verfahren.

Arbeiter tribuna l e für Mörder von kämpfenden Arbeitern!

Das gibt die Bourgeoisie nicht kampflos her. Das kann nicht mit Anträgen im bürgerlichen Parlament erreicht werden. Dazu sind machtvolle proletarisch-revolutionäre Massenaktionen erforderlich, um es der Bourgeoisie abzurufen, Kampfkaktionen gegen die Bourgeoisie!!!

Dazu sind die Verratsparteien SP, LP, StP nicht bereit. Gerade ihre Politik in der Standrechtsfrage hat das deutlich bewiesen! Sie sind keine Parteien der Arbeiterklasse, sondern der verräterischen Arbeiterbürokratie, denen die Koalition mit der Bourgeoisie über alles geht.

Das Proletariat muss und wird kämpfen, doch soll der Kampf erfolgreich sein, sowohl in den Tagesfragen als auch in den Endinteressen der Massen, so muss eine neue ehrliche Klassenführung, die

PROLETARISCHDEMOKRATISCHE

ARBEITERPARTEI!

geschaffen werden.

Darum brecht mit den verkleinbürgerlichten und immer mehr verbürgerlichenden "Arbeiter"parteien und stärkt durch Eure Mitarbeit die

Proletarische Vereinigung Österreichs,

die Vorkämpferin der neuen Klassenpartei.

A. U.

2.6.67

Korrekturen zu AB 208

- 1) S.2, Sp.1, A.3, Z.12: hinter "entscheidend" ist einzufügen "ab".
- 2) S.3, Sp.1, A.4, Z.8; vor "auch" ist einzufügen "wenn".
- 3) S.4, Sp.2, A.5, Z.6: das vorletzte Wort soll lauten "folgen".
- 4) S.4, Sp.2, A.6, letzte Z: das Wort "offen" ist zu unterstreichen.
- 5) S.5, Sp.1, A.3, Z.4: das zweite Wort soll lauten "Kirchen".
- 6) S.5, Sp.2, A.2, vorletzte Z: hinter "Judaspolitik" ist ein Doppelpunkt zu setzen.